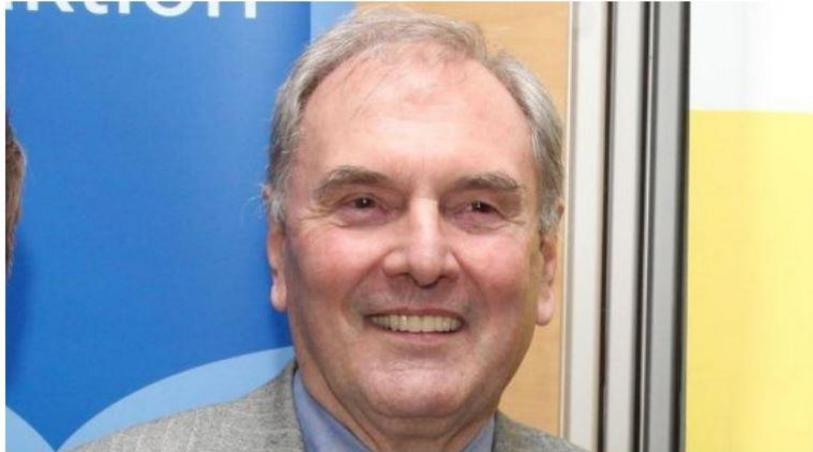


Donald Trump – was hat sich wirklich geändert?

Fast täglich gibt es einen Aufschrei gegen politische Maßnahmen oder Erklärungen des im November 2016 zum US-Präsidenten gewählten Donald Trump.



Wendelin Ettmayer Bild: OON

Ein Motto "America first" wird als unerhört abqualifiziert; Trumps Haltung zu Europa als "Bruch mit den gemeinsamen Werten" dargestellt; die Forderung einer Mauer zu Mexiko als menschenverachtend; und die Aufkündigung von Handelsabkommen würde "unserem Wohlstand die Grundlagen entziehen".

Die Kritik am US-Präsidenten umfasst all diese Punkte und noch viel mehr. Immer wieder wird eine mögliche Amtsenthebung in den Raum gestellt. Aber was hat sich unter Trump in all diesen Bereichen wirklich geändert? Einiges im Stil, wenig im Inhalt!

Keine US-Regierung der letzten 100 Jahre hat anders als nach dem Motto "America first" gehandelt, ganz gleich ob es darum ging, einen Krieg zu erklären, die Bindung des Dollar an das Gold aufzuheben oder einem Land einen "Regime change" aufzuzwingen. Die Wesenszüge der amerikanischen Außenpolitik sind geprägt vom Glauben an den "American Exceptionalism", daran, dass die Vereinigten Staaten eine auserwählte Nation seien. Auch was die

Haltung der USA zu Europa bzw. zur europäischen Einigung betrifft, hatten die verschiedensten Regierungen in der Vergangenheit eine sehr ähnliche Haltung: Europa solle nicht zu mächtig und zu eigenständig werden, die amerikanische Vorherrschaft müsse gewahrt bleiben.

Was die Mauer zu Mexiko betrifft, so ist ein verstärkter Grenzschutz zum südlichen Nachbarn seit den Wahlkämpfen in den 1990er Jahren ein heißes politisches Thema. Aufgrund des Security Fence Act aus dem Jahre 2006 wurde eine 1125 Kilometer lange Grenzbarriere errichtet. 6000 Mann der Nationalgarde sollten zusätzlich dafür sorgen, dass es zu keiner illegalen Einwanderung aus Mexiko kommt.

Was die Handelsverträge betrifft, so hat sich schon Bill Clinton in seinem Wahlkampf 1992 gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen ausgesprochen. Die Tatsache, dass in den USA die Zahl der Jobs in der produzierenden Industrie in den letzten 30 Jahren von 18 Millionen auf 12 Millionen zurückging, war einer der Gründe dafür, dass Trump überhaupt gewählt wurde.

Entscheidend ist, dass es heute in der politischen Auseinandersetzung in den USA praktisch einen Bürgerkrieg gibt. Es geht nicht mehr darum, für Sachfragen eine Mehrheit zu gewinnen, sondern den politischen Gegner zu diskreditieren und zu delegitimieren.

Die Europäer sollen sich nicht in diese amerikanischen Auseinandersetzungen hineinziehen lassen, sondern eigenständig und selbstbewusst ihre eigenen Interessen vertreten.

Wendelin Ettmayer ist ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland, Estland, Kanada und Jamaika und war Mitglied des Europarats.